



## Energiewende-jetzt!

Ende Jänner 2006: Klirrende Kälte, strenger Frost in Österreich. Die Haushalte heizen was das Zeug hält, die Heizrechnung wird heuer wohl besonders hoch ausfallen.

Und das nicht nur wegen der Kälte, sondern vor allem auch wegen der stark gestiegenen Öl- und Gaspreise. Um knapp 25% ist der Heizölpreis im vergangenen Jahr gestiegen, auch Erdgas wird in den kommenden Monaten spürbar teurer. Knapp zwei Millionen Haushalte heizen mit Öl oder Gas, einkommensschwache Familien werden sich bald überlegen müssen, welche Räume sie noch heizen können.

Als ob Klimawandel und Luftverschmutzung noch nicht genug Antrieb wären, um die seit Jahren verabsäumte Energiewende in Österreich und Europa einzuleiten, sind Rekorderdölpreise

und der Gas-Streit zwischen Russland und der Ukraine weitere Alarmsignale, die ein Umdenken zwingend machen. Europa ist in gefährlichem Ausmaß von Öl- und Gasimporten abhängig.

Aber auch die von der Energielobby immer wieder ins Gespräch gebrachten Atomkraftwerke sind nicht die Lösung der Probleme. Der Stillstand einiger Anlagen bei der extremen Kälte am Jahresanfang zeigt dies deutlich.

Bis 2030 wird diese Abhängigkeit auf 90% wachsen, wenn nichts getan wird. Österreich hätte gute Voraussetzungen, eine Vorreiterrolle einzunehmen. Mit Sonne, Biomasse, Wind und Erdwärme stehen riesige erneuerbare und klimaschonende Energiequellen zur Verfügung, denen durch geeignete Instrumente rasch zum Durchbruch verholfen werden muss.

Die von ÖVP und SPÖ geplante Kürzung der Ökostromförderung ist ein Schritt in die falsche Richtung. Wir brauchen nicht weniger, sondern mehr an umweltfreundlicher Energie.

Ein Heizungstauschprogramm kann in zehn Jahren eine halbe Million Häuser auf Pelletsheizungen umrüsten. Holz-Pellets sind bereits um 50% günstiger als Heizöl. Setzt Österreich auf erneuerbare Energien, schafft das Versorgungssicherheit und bringt Wertschöpfung im Inland.

Die Energiewende ist zentraler Schlüssel im Kampf gegen die Folgen des Klimawandels und Job-Motor für die Wirtschaft. Bis 2020 können in Österreich quer durch alle Branchen 100.000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

**Dr. Eva Glawischnig-Piesczek**

# Aus dem Gemeinderat

## Aus dem Tullner Gemeinderat

### Mehr Geld für die Tullner Messe GesmbH

Die Tullner Messe GesmbH hat ein Konzept erarbeitet, dass die Modernisierung und auch die Erweiterung des bestehenden Hallenanbotes beinhaltet. Die vorgesehenen Neubauten und Adaptierungen des Altbestandes umfassen ein Investitionsvolumen von rd. EUR 6,7 Mill. Seitens ECO-Plus (Land NÖ) wurde eine 50 %ige nicht rückzahlbare Förderung in Aussicht gestellt. EUR 3,350 Mill. (50 %) sind von der Tullner Messe GesmbH aufzubringen. Der Aufsichtsrat hat diesem Projekt und einem schlüssigen Finanzierungskonzept bereits zugestimmt. Die Tullner Messe ist zu 98% im Eigentum der Gemeinde. Im Aufsichtsrat sind nur ÖVP und SPÖ vertreten. Ein Antrag der Grünen vom 28.9.05, wonach alle im Stadtrat vertretenen Parteien auch im Aufsichtsrat sitzen sollten wurde abgelehnt. Wichtige Entscheidungen werden jedoch nicht im Gemeinderat gefällt. Kontrolle durch die Opposition ist nicht möglich und deshalb haben wir uns der Stimme enthalten.

### Landesgartenschau

Mit Beschluss des Gemeinderates vom 9.12.2003 wurde die Beteiligung an der Niederösterreichischen Landesgartenschau 2008 genehmigt. Auf Basis einer Machbarkeitsstudie des Landes Niederösterreich wurde davon ausgegangen, dass ein Finanzbedarf von 10 Millionen EUR besteht, der mit 8 Millionen EUR vom Land (Umweltschutzverein für Bürger und Umwelt) und mit 2 Millionen EUR von der Stadt Tulln abgedeckt wird. Weiters wird die Stadtgemeinde Tulln zur Erfüllung strukturpolitischer Aufgaben im Zuge der Landesgartenschau bis zum Jahr 2008 außerordentliche Mittel von 2 Millionen EUR zur Verfügung gestellt bekommen.

Nach Abwicklung eines EU-weiten Planungswettbewerbes ergibt sich, dass das Gesamtprojekt einen Finanzbedarf von EUR 15.300.000,00 hat. Das Land hat bereits zugesagt, seinen Anteil von 8 Millionen EUR auf 11,8 Millionen zu erhöhen, sodass die Gemeinde jetzt mit 1,5 Mio EUR Mehrkosten dasteht, auch durch Sonderwünsche von Bürgermeister Stift, wie die Brücke um EUR 690.000.

### Tullnoffensive – Verkehrsuntersuchung

Bei der Beschlussfassung über den Auftrag für die Erstellung einer Verkehrsstudie zum Zwecke der Erschließung des Kernbereiches und der Verbesserung der Parkplatzsituation in der Innenstadt an das Technische Büro für Kulturtechnik Dipl.-HTL-Ing. Michael Kniha aus Perchtoldsdorf (Ingenieurbüro K2) zum Pauschalpreis von EUR 9.600,00 inkl. MWSt. haben wir dagegen gestimmt, weil der von uns vorgeschlagene VCÖ (Verkehrsclub Österreich) zur Präsentation nicht zugelassen wurde.

Impressum: Medieninhaber und Herausgeber: Die Grünen Tulln 3430 Tulln a. d. Donau, Königstetterstraße 48-65/5/3 Für den Inhalt verantwortlich: DIE GRÜNEN TULLN, Verlagspostamt 3430 - Tulln Redaktion: Rainer Patzl, Erika Simané, Karl Baach; Layout: Rudi Simané. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht zwingend die Meinung der Redaktion dar.

### NÖ Mobilfunkpakt

Dem Antrag auf Beitritt der Stadtgemeinde Tulln zum Mobilfunkpakt hat nur die ÖVP zugestimmt (s. Artikel auf Seite 5)

### Aha-Erlebnis Gemeinderatssitzung

Als Tullner Bürgerin interessierte es mich schon lange, wie und von wem für Tulln Entscheidungen getroffen werden. Also besuchte ich am 6. Dezember 2005 als Gast eine Gemeinderatssitzung. Bei diesen Sitzungen dürfen Interessierte als BeobachterInnen teilnehmen! Am runden Tisch saßen die GemeinderätInnen der ÖVP mit Bürgermeister Willi Stift, der SPÖ, der Grünen und der FPÖ. Ich war nicht so naiv anzunehmen, dass in solchen Sitzungen immer ein höflicher, respektvoller Umgangston zwischen den Parteienvertretern herrscht, aber wie derb die ÖVP mit den Meinungen und Contras der anderen Parteien umgeht, konnte ich kaum glauben! Die Prozedur lief hauptsächlich so ab, dass alle Anträge bzw. Anliegen der ÖVP ohne wirkliche Duldung von WENN und ABER durchgepeitscht wurden. Beim Voranschlag 2006 wurde der Finanzplan für die kommenden Projekte der ÖVP dargelegt, z.B. auch der Bau einer Brücke im Rahmen der NÖ Landesgartenschau (beim Messegelände), welche mit der stolzen Summe von 690.000 EUR veranschlagt ist!!!! Die Grünen und auch die SPÖ waren der Meinung, dass eine Brücke auch um die Hälfte des Betrages immer noch sehr beeindruckend und prunkvoll (wie die zahlreichen Springbrunnen in Tulln!!!) wirken

würde. Es wurde vorgeschlagen, dass ein gewisser Betrag des Budgets, anstatt für die Brücke, für die Anschaffung eines dringend benötigten Brennofens für die Schüler der Hauptschule II in Tulln verwendet werden könnte. Dieses Argument wurde von Herrn Stift tunlichst »überhört«, er meinte nur, dass wir alle, die wir in Tulln leben, ihm noch dankbar sein werden für seinen Einsatz bei der Landesgartenschau. Die Frage, die sich mir stellte war, ob diverse Entscheidungen wirklich im Interesse und zum Nutzen aller Tullner BürgerInnen sind oder bloß profitable, wirtschaftlich lohnende Entscheidungen für wenige Einzelne! Skurriles Detail am Rande: Seit geraumer Zeit sind in der Sonnenapotheke in Tulln Werkstücke der Schüler der HS II zum Verkauf ausgestellt, mit deren Erlös ein Brennofen angeschafft werden soll. Ich finde es schade, dass nur eine Partei alleine das Sagen hat, weil dadurch Entscheidungen auf Kosten von Natur (die wir alle brauchen) und sozial Benachteiligter getroffen werden. Es stimmt: Macht braucht Kontrolle! Also, wer einmal nichts Richtiges im Fernsehen findet oder wem langweilig ist, dem kann ich den Besuch einer Gemeinderatssitzung nur empfehlen! Ach ja, die nächste Gemeinderatssitzung ist am 16.3.06.

Judith Weidl

## Energiewende jetzt!

Bizarre Eisgebilde an knickenden Bäumen und schlaffen Stromleitungen, zigtausende Haushalte tagelang ohne Strom, und Temperaturen in Österreich, die unter die minus 20-Grad-Marke fielen – der »russische Bär« hatte uns in seinen Klauen! Aber nicht nur der »russische« – fast alle Energieimporte kommen aus Krisenregionen -, der Hauptgrund für die brutalsten Kriege dieser Welt ist die Ressourcensicherung des Westens.

### »Raus aus Öl und Gas«

50 Prozent der Energie der EU kommt derzeit aus Importen, die Importabhängigkeit vor allem aber der USA führt dazu, dass politische Regime akzeptiert, Kriege geführt und zweifelhafte Regenten nicht kritisiert werden. In Russland heißt das: Kein Wort des Westens gegen undemokratische Entwicklungen und gegen den Krieg gegen Tschetschenien. Das ist nur ein kleiner Vorgeschmack darauf, was uns in den nächsten Jahrzehnten erwartet, wenn die Politik verrückt spielt und gleichzeitig die fossilen Brennstoffe langsam zur Neige gehen.

Da gibt's nur eins. Raus aus Öl und Gas! Die Mittel dazu: Innovative Nutzung alternativer Energieträger, Energieeffizienzprogramme sowie Investitionen in Forschung und Entwicklung von Umwelt- und Energietechnologien, die heute schon ein Exportschlager unseres Landes sind. Osteuropa muss und wird in den nächsten Jahren Dutzende von Milliarden Euro in ebendiese Technologien stecken, gleichzeitig bleibt die Wertschöpfung bei uns im Land. Unsere sauer verdienten Euro fließen nicht nach Russland oder in den Nahen Osten, sondern werden für Pellets

und Hackschnitzel ausgegeben.

Doch die schwarz-blau-orangefarbene Regierung denkt anders, wie die neueste – von der SPÖ mitgetragene – Initiative zur Novellierung des Ökostromgesetzes beweist. Dessen Kernpunkt: Die staatlichen Förderungen für Entwicklung und Einsatz erneuerbarer Energien und damit verbundener Zukunftstechnologien werden auf einen Bruchteil des derzeitigen Standes gesenkt.

Was eine Grüne Energiepolitik kann, hat die Entwicklung in



AKW Temelin: eingefroren bei -34° - welch ein »Fortschritt!«

Deutschland gezeigt: Deutschland ist absoluter Spitzenreiter in der Erzeugung von Solarstrom und hat zigtausende neue Arbeitsplätze in diesem Bereich geschaffen. Ein Vorsprung den andere Länder nur sehr schwer einholen können.

Österreich hätte Chancen gehabt diese Vorreiterrolle in der Nutzung von Biomasse einzunehmen. Diese Chance ist verfallen.

GR Mag. Rainer Patzl

## Drei Gründe, warum Kernenergie nicht die Lösung ist

Es gibt viele, sehr viele Gründe, warum es keine Lösung ist, jetzt auf Kernenergie zu setzen. Hier drei, die glaub ich unstrittig sind:

### 1.) Das Quantitative:

Kernenergie trägt derzeit bloß ca. 5% zum gesamten Energieerzeugung der Welt bei: Wer signifikant die Öl und Gasabhängigkeit reduzieren will, findet weitaus größere lokale Potentiale in erneuerbaren Energieträgern (die zur Beheizung und Warmwasser-



GR Mag. Christoph Chorherr  
Grüner Gemeinderat in Wien

recht kann der Iran behaupten, es gebe keinen Grund, ihm die friedliche Nutzung zu unterbinden. Obwohl es keine Zweifel gibt, dass es im Öl und Gasland Iran (wo ungenügend viel Erdgas mangels Nutzungsmöglichkeiten abgefackelt wird) es nicht um Stromerzeugung geht, sondern um die Bombe.

### 3.) Anfällig für Terrorismus

Ein Kernkraftwerk kann technisch (Marke »Selbstmordattentäter«) zu einem GAU gebracht werden. Sicherheitssysteme können ausgeschaltet, Kühlung abgeschaltet werden. Jedes Auto kann man gegen die Wand fahren. Wer ja zur Atomkraft sagt, schafft in diesem Sinne ein enormes Gefahrenpotential.

Und ich erspare mir jetzt die Argumente 4-100. Von der ungelösten Endlagerfrage bis zu den Errichtungskosten und der Endlichkeit von Uran.

GR Mag. Christoph Chorherr

<http://chorherr.twoday.net/>

### 2.) Die Bombe

Der Iran zeigt uns ein unausweichliches technisches Dilemma: Wer die »friedliche Nutzung« der Kernenergie befürwortet, gibt einen Freibrief zur Herstellung »der Bombe«. Denn die Wege sind zu mehr als 80% dieselben. Zu-



## Unter der Lupe

### Rücksichtsloses Vorgehen

Vor ca. eineinhalb Jahren hat der Gemeinderat den Bau der neuen Kläranlage im Augebiet zwischen Tulln und Langenlebarn beschlossen. Wir Grüne waren als Einzige gegen diesen Standort, da eines der letzten Augebiete in diesem Bereich geopfert werden müsste.

Über die Köpfe der AnrainerInnen hinweg und auch am Gemeinderat vorbei wurde Anfang Februar eine 5.000 m<sup>2</sup> große Fläche gerodet. Dieses Vorgehen der Stadtgemeinde ist rücksichtslos. Verständlich finde ich daher die Aufregung bei den AnrainerInnen. Auch wir sind empört darüber, dass weder wir, noch der Gemeinderat, noch die AnrainerInnen in irgendeiner Weise informiert wurden.

Nicht verstehen kann ich jedoch, wenn den Grünen Untätigkeit vorgeworfen wird, so geschehen in einem Artikel des Bezirksblattes. In vielen Fällen wenden sich die Anrainer sofort an uns, und dann können wir auch unterstützend eingreifen, in diesem Fall ist das leider nicht geschehen. Ich möchte Sie daher bitten, sich rechtzeitig an uns zu wenden.

GRn Liane Marecsek

## Sprechstunden nur beim Chef!

Als Stadträtin für Frauen möchte ich die Anliegen der Frauen vermehrt in die Gemeindepolitik einbringen und wollte deswegen Sprechstunden für die Bürgerinnen dieser Stadt abhalten. Auf meine diesbezügliche Anfrage erhielt ich folgende Antwort vom Bürgermeister:

Tulln, im Jänner 2006-02-12

Sehr geehrte Frau Stadträtin!

Ich darf Ihr Schreiben vom 14.12.05 bestätigen. § 37(2)\* der NÖ Gemeindeordnung regelt, dass der Bürgermeister Mitglieder des Stadtrates zur Unterstützung in Ausübung des Amtes als Bürgermeister heranziehen kann. In diesem Fall sind die Geschäfte, die ihnen der Bürgermeister zuweist unter seiner Verantwortung nach seinen Weisungen zu besorgen.

**Da ich als Bürgermeister zweimal wöchentlich Sprechstunden halte und mir die Vielfalt der Anliegen und Meinungen aus allen Bereichen unserer Gemeinde eine wesentliche Grundlage für meine bisherige Amtsführung war und ist, sehe ich keine Veranlassung eine zusätzliche Sprechstunde für Mitglieder des Stadtrates einzuführen.**

Hinsichtlich Ihrer Aufgaben als Vorsitzende des Ausschusses für Frauen und Zivilschutz darf ich auf eine Bestimmung des § 37 der NÖ Gemeindeordnung verweisen.

Mit dem Ersuchen um Kenntnisnahme verbleibe ich Mit freundlichen Grüßen  
W. Stift

**\*) § 37 (2): Der Bürgermeister ist Vorsitzender des Gemeindevorstandes; er hat das Recht, in allen Angelegenheiten des Gemeindevorstandes Anträge zu stellen. Die Mitglieder des Gemeindevorstandes haben den Bürgermeister in Ausübung seines Amtes zu unterstützen. Sie haben die Geschäfte des eigenen Wirkungsbereiches, die er ihnen zuweist, unter seiner Verantwortung nach seinen Weisungen zu besorgen. Sie sind ihm für die ordnungsgemäße Besorgung verantwortlich.**

### »Lasset die Frauen zu ihm kommen«

Nun, diese Ablehnung wirft viele Fragen auf. Wenn Bürgermeister Stift immer schon die Frauen vertreten hat, warum sind am Gemeindeamt in den leitenden Jobs – die besser bezahlt werden - nur Männer? Warum gibt es 27 Gemeinderäte und nur 10 Gemeinderätinnen?

Warum werden in Tulln männliche Interessensgebiete mehr subventioniert? Warum werden im Gegenzug die Interessen der Frauen auf Gemeindeebene kaum berücksichtigt?

Was unternimmt der Bürgermeister, damit Frauen am kulturellen, sozialen und politischen Leben teilnehmen können? Oder hat es andere Gründe, keine Sprechstunden einzuführen?

Vielleicht deswegen, weil man gar nichts verändern möchte?

Ich bin überzeugt, liebe Tullnerinnen, dass Ihnen auch viele Fragen durch den Kopf gehen. Schreiben Sie mir unter Postadresse: Die Grünen Tulln, z.H. Liane Marecsek, Königstetter Str. 48-56/5/3 oder per E-Mail an [liane.marecsek@gruene.at](mailto:liane.marecsek@gruene.at)

GRn. Liane Marecsek

**wellkamm**  
Erika Gröll Friseurmeisterin

**Tulln City Passage**

 **02272/82255**

Di bis Fr 9 - 19, Sa 8 - 14 Uhr. Bitte anmelden

Besuchen Sie uns doch im Internet:  
[www.tulln.gruene.at](http://www.tulln.gruene.at)

## Turmhohe Handymasten

### Eine unglaubliche Geschichte

An die neuen »Erwin-Pröll-Denkmäler« müssen sich die BürgerInnen jetzt gewöhnen. Sie sind das Ergebnis einer Aktion der Landes ÖVP zur Sanierung des Landesbudgets. Die sogenannte »Handymastensteuer« musste jedoch wieder zurückgenommen werden. Stattdessen wurde ein Mobilfunkpakt geschlossen.

»Weniger Sendemasten und billiger telefonieren« wurde auf riesigen Plakatwänden und in aufwändigen Inseraten versprochen. Stattdessen bekommen wir nun weniger Information und keinen Gesundheitsschutz! Auch aus der Sicht des Orts- und Landschaftsschutzes bringt der Pakt wenig, ja wird sogar zu einer weiteren Verschlechterung der Versorgungslage führen: Aus technischen Gründen (vertikaler Abstand zwischen den einzelnen Antennen, Antennenlänge etc.) muss ein Mast, den sich 5

Betreiber teilen, vierzig Meter hoch sein - wenn sich die Zahl der Masten verringert, erhöht sich im Gegenzug die Höhe und darüber hinaus Leistung sowie Strahlung.

Das Land wird nun mit besonders fürstlichen »Erwin-Pröll-Masten« verhandelt, die das Landschaftsbild mehr stören und darüber hinaus aufgrund der wesentlich stärkeren Abstrahlung die AnrainerInnen erheblich stärker beeinträchtigen.

Gesundheitsschutz kommt im Mobilfunkpakt nicht vor und die BürgerInnenrechte werden extrem eingeschränkt.

Den Gemeinden wurden Einnahmen aus der Mastensteuer versprochen. Viele Gemeinden haben fix mit dem Geld gerechnet. Nun gehen sie leer aus. Um das Gesicht zu wahren, hat man eine Handymastenkampagne um sage und schreibe 1,6 Millionen Euro

gestartet. Für Inserate in Tages- und Wochenzeitungen wurden rund 500.000 Euro ausgegeben. Für landesweite Großplakate des umstrittenen »Mobilfunkpaktes« wurden 1,1 Millionen Euro ausgegeben. Die Kampagne ist eine unnötige Verschwendung von Steuergeldern.

Wir Grünen haben uns von Anfang an gegen diese Geldbeschaffungsaktion ausgesprochen. Wir haben auf die Gefahren der Zusammenlegung von Sendeanlagen aufmerksam gemacht, verbindliche Strahlengrenzwerte und Strahlenkennzeichnung, BürgerInnenbeteiligung bei der Mastenerrichtung, Anrainerrechte und Ortsbildschutz in Bau- und Raumordnung gefordert. Deshalb haben wir auch im Tullner Gemeinderat gegen den Mobilfunkpakt gestimmt.

GRn Liane Marecsek



### Grünes Teleskop

Der hohe Schuldenstand Tullns und der Umgang damit war Grund, warum die Grünen dem Budget 2006 nicht zustimmen konnten.

Tulln plant jetzt endlich ein Schuldenmanagement einzuführen. Es ist auch höchste Zeit dafür. Nach jahrelangem Sinken des Zinsniveaus ist zu befürchten, dass bald eine gegenläufige Bewegung eintreten könnte. Bei einem derzeitigen Zinsaufwand der Gemeinde von EUR 600.000,- pro Jahr kann so eine Erhöhung die Gemeinde mehrere Hunderttausend Euro pro Jahr kosten.

Schließlich ist der Schuldenstand der Gemeinde aufgrund der »Großzügigkeit« des Bürgermeisters in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Bei niedrigen Zinsen auch nicht so tragisch, doch bei höheren Zinsen werden sämtliche Brunnen, Kreisverkehre etc. nachträglich deutlich teurer.

Bisher gab es in Tulln keinerlei Schuldenmanagement. Es wurden einfach die alten Kredite zurück bezahlt und neue Kredite mit variablem Zinssatz wurden in der erforderlichen Höhe aufgenommen. Mittlerweile gibt es aber finanztechnische Instrumente, die eine jährliche Einsparung von zigtausend Euro bringen können.

GR Mag. Rainer Patzl

## Güssing – Ein energiepolitisches Vorbild für Tulln

### Die burgenländische Bezirkshauptstadt zeigt, wo es langgeht!

Vor rund 10 Jahren, als ich meine Diplomarbeit zum Thema Stromerzeugung aus Biomasse geschrieben habe, bin ich nach Güssing zu einer Konferenz gefahren.

Damals schon war eine Aufbruchstimmung für die Nutzung erneuerbarer Energien zu spüren.

Heute ist Güssing eine wirkliche Vorzeigestadt. Dort ist zu sehen, wie unsere energiepolitische Zukunft aussehen muss. Die Forderung der Grünen, 100% erneuerbare Energie zu verwenden, ist dort verwirklicht.

Güssing, im südöstlichen Eck des Burgenlandes gelegen,

gehörte bis zum Fall des eisernen Vorhangs zu den ärmsten Regionen des Landes, geprägt von hoher Arbeitslosigkeit und Abwanderung der jüngeren Bevölkerung.

Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, wurde 1991 ein Energiekonzept erstellt, das den gesamten Energiebedarf aus örtlich verfügbarer Biomasse abdeckt.

In der Zwischenzeit wurden über 1000 neue Arbeitsplätze geschaffen, ein Technologiezentrum und 50 neue Unternehmen gegründet (die meisten wegen des Schwerpunkts erneuerbare Energien). Über 500 Besucher kommen wö-

chentlich, aus aller Welt um sich das Energiekonzept anzuschauen.

Sogar ein eigenes Hotel musste dafür gebaut werden. Und auch die kommunalen Steuereinnahmen fließen.

Zum Glück wurden und werden auch in Tulln erste sinnvolle Schritte gesetzt, wie z.B. das Biomasseheizwerk. Es sind aber noch viele Maßnahmen und Projekte notwendig um auch in Tulln erneuerbare Energieträger verstärkt einzusetzen. Wie es funktioniert, zeigt uns Güssing. Nähere Infos gibt's unter:

<http://www.eee-info.net>

GR Mag. Rainer Patzl



## Aus meiner Sicht

Michaela Dorfmeister gewinnt in Turin zwei Goldmedaillen. Eine tolle Leistung. Die österreichische Fahne wird gehisst und die Hymne gespielt. 2600 PernerInnen feiern ihre Goldene. 2 Mio NiederösterreicherInnen sind stolz auf ihre niederösterreichische Medaillen und schließlich haben 8 Mio ÖsterreicherInnen Olympiagold gewonnen. Wären wir bereit, diese Medaille auch mit 450 Mio EuropäerInnen zu teilen – wahrscheinlich nicht.

Ted Ligety hat eine Goldene in der Kombination. Für die USA! 240 Mio Amerikaner können sich mitfreuen, und das ist der Unterschied. Sicher hat Alaska mit Florida nicht mehr gemeinsam als Estland mit Portugal, aber die Amerikaner d.h. die USA-BürgerInnen leben eben in einem gemeinsamen Staat. Davon sind wir in Europa (noch) weit entfernt. Hätte Brüssel ebenso großes Interesse an gemeinsamen Sozial- und Umweltstandards wie an Steuervorteilen für Großkonzerne, ein ebensolches Engagement für gemeinsame Bildungs- und Integrationspolitik wie für Wirtschaftsstandorte und Gewinnmaximierung, vielleicht könnten wir unsere Goldenen auch mit Europa teilen.

Erika Simané

## Atmen kann krank machen

Im an Wald und Naturschätzen reichen Österreich ist die Luft bei weitem nicht so frisch wie sie sein sollte, damit wir unbeschwert atmen können, ohne dass unsere Gesundheit Schaden nimmt.

Die in den letzten Wochen in ganz Österreich extrem hohe Feinstaub-Belastung ist nur eines von mehreren Problemen, die auf unsere Lungen drücken. Auch bodennahe Ozon und Stickstoffoxide belasten die Gesundheit der Menschen gravierend. Hauptverursacher ist in allen drei Fällen der motorisierte Straßenverkehr, der vor allem in Ballungsräumen und entlang viel befahrener Strassen für die Spitzenbelastungen verantwortlich ist. Auch Energieversorgung, Hausbrand, Industrie und Landwirtschaft sind mitverantwortlich.

Feinstäube, mikroskopisch kleine Teilchen, können bis in die kleinsten Lungengefäße und sogar in die Blutbahn gelangen und schwere gesundheitliche Folgen wie Lungenkrankheiten oder Herzinfarkte auslösen. Aus medizinischer Sicht kann kein noch

so strenger Grenzwert festgelegt werden, dessen Einhaltung alle Gesundheitsrisiken ausschließt. Trotzdem ist es sinnvoll, niedrige Grenzwerte gesetzlich festzulegen und einzuhalten, da die Gesundheitsrisiken bei steigender Belastung größer werden. Für so genannten »Ultrafeinstaub«, das ist jener Anteil des Staubs der bis in die Blutbahn gelangt, gibt es aber bis heute keine verbindlichen Grenzwerte.

Die Grenzwerte für »normalen« Feinstaub sind laut Umweltmedizinern zu hoch angesetzt. Die Grenzwerte werden nicht eingehalten.

Die traurige Bilanz der letzten Wochen: in Innsbruck und Wien wurde die maximal erlaubte Anzahl der Tage, an denen pro Jahr der Grenzwert überschritten werden darf bereits Mitte Februar ausgeschöpft. An mehr als 30 Tagen gab es dort heuer bereits Feinstaubalarm.

Trotzdem wollen die Regierungsparteien ein Feinstaubgesetz durchs Parlament peitschen, dass völlig unwirksam ist. Auch die Belastung mit



Dr. Eva Glawischnig-Piesczek

Ozon ist anhaltend hoch. Ozon ist ein giftiges Reizgas, dass sich bei Sonnenschein von April bis September aus (vor allem Kfz-) Abgasen bildet und das wie Feinstaub vor allem Kinder und ältere Menschen besonders gefährdet. Die Emissionen des dritten gesundheitsschädlichen Luftschadstoffs, der Stickstoffoxide (NOx), steigt seit 1999 in Österreich wieder an und die Grenzwerte werden überschritten.

Es ist höchst an der Zeit für eine Luftreinhaltepolitik, die uns wieder aufatmen lässt.

Abg. z. NR Dr. Eva Glawischnig-Piesczek

## Luftbelastung: Nach Schwebstaub/Feinstaub nun auch die Stickstoffoxide

Die Messstelle Wilhelmstrasse in Tulln meldete am 1.2.2006 erstmals in diesem Jahr eine Grenzwertüberschreitung für Stickstoffoxide (NO<sub>2</sub>)

Der Tagesmittelwert lag mit 81 µg/m<sup>3</sup> über dem gesetzlichen Grenzwert. Im Tagesverlauf wurden für Stickstoffmonoxid (NO) sogar Werte von weit über 200 µg/m<sup>3</sup> gemessen.

Stickstoffmonoxid wandelt sich relativ rasch in Stickstoff-

dioxid um. Für Stickstoffmonoxid bestehen keine Grenzwerte. Hauptverursacher ist hierbei der Verkehr.

Aufgrund der Schwebstaub/Feinstaub- und Stickstoffbelastungen wäre es höchst an der Zeit, auch in Tulln bzw. im Bezirk Tulln Maßnahmen zu setzen. Tulln hat die Wahl: weiter so wie bis jetzt – und Tulln wird zu einer weniger lebenswerten, weil schadstoffbelasteten Stadt, oder

aber umdenken, ambitionierte Umweltziele anstreben und umsetzen, um so in Zukunft mit verbesserter Lebensqualität im Wettbewerb der Standorte punkten zu können. Davon profitieren auch die Gemeinden im Umland. Deren Hintergrundbelastungen an Luftschadstoffen wird auch von Tulln mitverursacht.

GR Franz Meister  
Bezirkssprecher und GR in St. Andrä Wördern

## Die gemeinsame Schule



Dieter Brosz

Die Vorstellung einer Gemeinsamen Schule der 6 bis 15-jährigen treibt ÖVP-PolitikerInnen seit Jahrzehnten die Zornesröte ins Gesicht. Munter wird da gegen eine Eintopfschule polemisiert. Erst in letzter Zeit kommt Bewegung in die Diskussion, weil auch in Teilen der ÖVP die Scheuklappen weggeschoben werden. Berichte in den Medien aus bildungspolitisch erfolgreicherer europäischen Ländern, die seit Jahrzehnten gute Erfahrungen mit einer gemeinsamen Schule machen, führen auch in der Bevölkerung langsam zu einem Umdenken.

An einer gemeinsamen Schule werden nach den Vorstellungen der Grünen alle Kinder und Jugendlichen im Alter von 6 bis 15 Jahren unterrichtet. Heute wird die wesentlichste Entscheidung über den weiteren Bildungsweg in Österreich schon in der 4. Schulstufe getroffen. Bildungsexperten sind sich einig, dass dieser Zeitpunkt zu früh ist. Bildung und Einkommen der Eltern spielen dabei oft eine wesentlich größere Rolle als die tatsächlichen schulischen Leistungen der Kinder.

Diese frühe Trennung wurde immer damit begründet, dass es für die Kinder besser sei, wenn sie in Klassen und Gruppen mit SchülerInnen

eines ähnlichen Leistungsniveaus unterrichtet würden. Die Ergebnisse der PISA-Studien haben diese Einschätzung widerlegt. Während die Anzahl der 15-jährigen österreichischen SchülerInnen im Spitzenfeld unterdurchschnittlich ist, kann fast ein Fünftel nicht sinnerfassend lesen. Länder wie das PISA-Siegerland Finnland erreichen mit gut funktionierenden gemeinsamen Schulen wesentlich bessere Ergebnisse.

### Was zeichnet gute gemeinsame Schulen aus?

Gerade in einer gemeinsamen Schule sind individuelle Förderung und das Eingehen auf die unterschiedlichen Interessen der SchülerInnen wesentlich. Gemeinsame Schule bedeutet nicht, dass alle Kinder eines Jahrgangs einfach in eine Klasse gesteckt werden und ungeachtet ihrer unterschiedlichen Entwicklungen und Interessen gemeinsam unterrichtet werden. Team- und Projektarbeit sowie Wahlmöglichkeiten für SchülerInnen sind Kennzeichen moderner Schulsysteme.

Förderpläne sind ein unverzichtbares Element erfolgreicher Gesamtschulländer. Etwa zehn Prozent der finnischen LehrerInnen sind ausgebildete FörderlehrerInnen. Sie arbeiten an den Schulen einzeln oder in Kleingruppen mit SchülerInnen, die eine besondere Förderung benötigen. Mehr als 20 % der GrundschülerInnen sind dort in Förderprogrammen, in den beiden ersten Schuljahren ist es fast ein Drittel.

Damit gelingt es Defizite frühzeitig zu erkennen und bei vielen SchülerInnen auszugleichen. Private Nachhilfe wird dadurch meist überflüssig und spielt in Skandinavien

eine viel geringere Rolle als in Österreich.

Kurz gesagt, die äußere Differenzierung in verschiedene Schultypen (also die Trennung in Gymnasium und Hauptschule) wird von einer inneren Differenzierung innerhalb der Klasse abgelöst. Auf diese Weise kann schülerInnenbezogen gelernt werden. Alle – sowohl die schwächeren, als auch die stärkeren SchülerInnen – werden so bestmöglich gefördert und gefordert.

Der wesentliche Unterschied zu unserem heutigen Schulsystem besteht darin, dass Kinder nicht mehr abgeschoben werden können. Schwierigkeiten müssen an den Schulen gelöst werden. In Österreich hört man in den Schulen immer wieder die Klage, dass viele SchülerInnen den Anforderungen der Schule nicht entsprechen. Wenn man mit finnischen LehrerInnen spricht hört man demgegenüber immer ein Leitmotiv: »Wir dürfen niemanden verlieren.« Dieses Ziel sollte auch in Österreich mit Nachdruck verfolgt werden.

### Abg. z. NR Dieter Brosz

Dieter Brosz ist verheiratet und Vater zweier Kinder. Seit 1999 ist er als Bildungs- und Sportsprecher der Grünen im Nationalrat. Zuvor war der 37-jährige Trumauer bereits bei den niederösterreichischen Grünen und der Grünen Landesbildungswerkstatt tätig. Er ist erster der Kandidatenliste für die kommende Nationalratswahl. Ein Wunsch von Dieter Brosz: »Ich möchte im Parlament das Ende der Ära Gehrler erleben, zum Wohle der österreichischen Bildungslandschaft aber auch weil ihre ideologischen Versatzstücke aus den 50er Jahren auf Dauer nur schwer zu ertragen sind«



### Blickwinkel

#### Der »Visionär«

Tulln ist seine Stadt, und es ist seine Vision, diese nach seinem Willen zu gestalten. So Bürgermeister Willi Stift. Aber wie das passiert, hat immer seltener Ähnlichkeiten mit demokratischen Prinzipien. Hängt auch mit seiner unantastbaren Position in der eigenen Fraktion zusammen. Zwar wird die Opposition in viele Projekte und Vorhaben mit eingebunden, aber schlussendlich werden wesentliche Angelegenheiten nach dem Willen des Bürgermeisters realisiert! Jüngstes Beispiel: Für sein Liebling, die Landesgartenschau, sollen für ökologisch unsinnige Lichtschneisen etwa 7 ha Auwald umgesägt werden. Einfach nur so!

Natur- und Umweltschutz sind in unserer Stadt nicht existent – mit den bekannten Auswirkungen, etwa den großflächigen Abholzungen nördlich der Donau! Die Grünen Tulln sind wegen der Zustimmung zur LGS auch heftig kritisiert worden. Wir nahmen - vielleicht auch ein wenig naiv - an, die eine oder andere Unsinnigkeit des Projektes verhindern zu können.

Da waren wir auf dem Holzweg, denn wenn der Chef etwas befiehlt, haben die anderen zu gehorchen. Wirkliches Mitspracherecht - leider Fehl-anzeige!

GR Karl Baach



Sag mal Lindenbaum, was sagst du zu den tollen Erfolgen unserer Wintersportler?

Meinst du jetzt die Olympiade oder generell die ganze Saison? Und was ist mit den Wintersportlerinnen? Haben die nichts gewonnen?

Ja, ja, schon gut. Und klarerweise mein´ich die ganze Saison. So wie etwa die Alpinen unterwegs sind, das muss uns erst wer nachmachen!

Bei dem finanziellen Aufwand, der da betrieben wird, muss ja was rauskommen! Aber Respekt, für diese Erfolge müssen die SportlerInnen über Jahre hinweg sehr viel Entbehrungen und hartes Training auf sich nehmen.

Sag ich doch, die sind alle so super! Der Seeger, der Assinger und die im Radio sind bei Schirennen total aus dem Häuschen! Ist ja kein Wunder bei unseren Schihelden!

Und Heldinnen, wenn schon! Aber da wird schon gehörig übertrieben. Die haben dann alle diese fürchterlichen »i«-Namen, wie Benni, Walchi, Meisi, Dorfi, Niki und so weiter, und ohne Herminator geht gar nichts!

Geh Lindenbaum, beim Fußball gibt´s ja auch den Andi, den Schneckerl, den Hansi. Wir sind nun mal eine echte

Schi-Großmacht und sonstige Sporterfolge sind rar. Eine kleine Aufwertung unseres Nationalstolzes tut ganz gut, wir sind sonst eh echte Miesmacher. Und was wir über all die Jahre gewonnen haben: Der Toni, der Karl, die Annamirl, der Franz, der Rudi, die Petra, der ....

Grünspecht, hör bitte auf! Wenn gewonnen wird, heißt´s immer »wir«, und wie der Erfolg ausbleibt, haben »die« verloren. Und Großmacht ist auch relativ! Wie viele Länder können sich den Schirennensport leisten?

Beim Mannschafts-Schispringen sind im Idealfall gerade mal acht Nationen am Start! Und neben Österreich haben nur noch Norwegen und Liechtenstein in der ewigen Statistik mehr Medaillen bei Winterspielen als bei Sommer-Olympiaden gemacht!

Na und, wir haben nun mal die Berge, den Schnee und eine Schisport-Tradition, die andere halt nicht so haben!

Da will ich dir gar nicht widersprechen! Noch einmal: Da wird eine schöne Stange Geld reingebuttert! So nach dem Motto »There´s no business like snow-business«! Auch der Schizirkus hat ja seinen Namen nicht ganz umsonst! Winterfremdenverkehr ist eine enorm wichtige Einnahmequelle, und da müssen

eben alle richtig mitspielen!

Lieber Lindenbaum, ohne Schirennensport hätten wir nicht viel zu lachen in diesen traurigen Zeiten!

Freund Grünspecht, lass die

Politik aus dem Spiel! Freuen wir uns über diese Erfolge und behalten wir sie möglichst lange in Erinnerung. Denn schon beim nächsten Großereignis - der Fußballweltmeisterschaft - sind wir wieder einmal gar nicht vertreten!

## GRÜNE AM WAGRAM

In den sieben Gemeinden des Bezirks Tulln, die über der Donau liegen, ist es uns trotz großem Bemühen noch nicht gelungen Menschen zu finden, die für ihre politische Gesinnung auch öffentlich eintreten.

Deshalb haben wir dort bei den letzten Gemeinderatswahlen keine einzige Kandidatur zustande gebracht, obwohl diese durchaus chancenreich gewesen wäre. So haben bei den letzten Landtagswahlen 2003 immerhin 4,59% die Grünen gewählt, bei der EU-Wahl 2004 sogar 6,18%.

Das sind rund 500 Menschen. Natürlich ist die anonyme Stimmabgabe alle paar Jahre eine Sache, das persönliche Engagement und die Annahme eines Gemeinderatsmandates eine andere.

Aber ohne diese Menschen, die auch bereit sind ehrenamtliche Arbeit für die Grünen zu leisten und Verantwortung in ihrer Gemeinde zu übernehmen, kann es auf Dauer keine erfolgreiche Grünpolitik geben, denn im Unterschied zu anderen Parteien, in denen »die da oben« die Meinung vorgeben und das

»Wahlvolk« am liebsten nur als Stimmvieh am Wahltag benötigen, sind die Grünen eine basisdemokratische Partei in der ohne die Mitarbeit der Menschen fast gar nichts geht.

Es gibt sie nicht, die kleinen grünen Männchen, die dann kommen, wenn die Motorsägen gestartet werden, um sich an Bäume zu binden.

Grüne Politik müssen alle gemeinsam machen. Wir, die FunktionärInnen und MandatarInnen können nur mit Ihnen und für Sie agieren, aber nicht STATT Ihnen.

Es sollte also möglich sein, dass es auch am Wagram endlich Grüngruppen gibt, Probleme sind genug vorhanden und auch Menschen, denen das bewusst ist. Also: SAG WIR ZU UNS.

Erika Simané  
Bezirksverantwortliche

P.S. Im Frühjahr wird es ein Treffen aller Grüninteressierten am Wagram geben. Genauere Daten entnehmen Sie bitte unserer Homepage [www.tulln.gruene.at](http://www.tulln.gruene.at) bzw. melden Sie sich unter [tulln@gruene.at](mailto:tulln@gruene.at) bei uns.

### GRÜNER STAMMTISCH:

Wir treffen uns jeden letzten Donnerstag im Monat um 19<sup>30h</sup>. Den jeweils genauen Treffpunkt entnehmen Sie bitte unserer Homepage [www.tulln.gruene.at](http://www.tulln.gruene.at). Sie können uns von Ihrem Anliegen per Email unter [tulln@gruene.at](mailto:tulln@gruene.at) verständigen